

I. Vorlage

- zur Beschlussfassung
 als Bericht

Gremium

Sitzungsteil

Datum

	bisherige Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis				
			einst.	mit Mehrheit		Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
				angen.	abgel.		
1	Finanz- und Verwaltungsausschuss	19.10.2005					
2							
3							

Betreff
Budgetwirtschaft
hier: a) Endgültige Behandlung der Budgetergebnisse 2004
b) Änderung der Budget-Leitlinien

Zum Schreiben/Zur Vorlage der Verwaltung vom

Anlagen
 2

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat stimmt der endgültigen Behandlung der Budgetergebnisse 2004 sowie der Änderung der Leitlinien über die Budgetierung bei der Stadt Fürth (BuLi-FÜ) entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Sachverhalt

1. Endgültige Behandlung der Budgetergebnisse 2004

Die Amts- und Unteramtsbudgets für das Jahr 2004 wurden im Zuge des Rechnungsabschlusses 2004 entsprechend den geltenden Regeln abgerechnet. In Einzelfällen wurden hierbei die Ergebnisse der Unteramtsbudgets mit dem Ergebnis des zugeordneten Amtsbudgets verrechnet.

Die Einzelergebnisse der Budgets ergeben sich aus der beigefügten Gesamtübersicht (Anlage 1).

Die Dienststellen haben ihre Budgetberichte zum Stichtag 30.04.2005 erstellt. Diese Budgetberichte wurden dem Stadtrat mit Schreiben vom 01.07.2005 zugestellt. Auf diese Berichte und die dort enthaltenen Einzelabrechnungen der Budgets wird verwiesen.

Bei den Abrechnungen der Budgets ergaben sich

- Budgetfehlbeträge von 517 666,48 € sowie
- Budgetüberschüsse von 3 935 509,85 €.

Die Budgetfehlbeträge wurden vor dem Rechnungsabschluss 2004 auf „neue“ Rechnung, d.h. zu lasten der Budgets 2005 vorgetragen (sie haben insoweit den Rechnungsabschluss 2004 nicht belastet).

Die festgestellten Budgetüberschüsse 2004 sind im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2004 zugunsten des Gesamthaushalts „verfallen“. Eine Übertragung auf der Grundlage der bestehenden 50:50-Regelung bzw. die Bildung entsprechender Budgetrücklagen musste im Hinblick auf die unverhältnismäßige Höhe der Überschüsse und im Hinblick auf den Fehlbetrag beim Rechnungsabschluss des Gesamthaushalts (9,4 Mio €) unterbleiben. Es wurde allerdings verwaltungsintern festgelegt, dass im Haushaltsvollzug 2005 eine Regelung hinsichtlich der den Dienststellen verbleibenden Beträge getroffen werden soll.

Bei einer zu findenden Regelung war auch folgender Sachverhalt zu berücksichtigen: Wesentliche Teile der Budgetüberschüsse 2004 waren auf Abweichungen zwischen den Planwerten und den Rechnungsergebnissen der Personalausgaben (Differenz = 3 157 133 €) zurückzuführen. Die Minderausgaben sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass bei der Haushaltsplanung 2004 der Personalausgaben und der Berechnung der Einzelansätze Änderungen eingetreten sind, die nicht vorhersehbar waren. So entwickelten sich die Versorgungslasten wesentlich günstiger als angenommen. Ferner beeinflussten die Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse vom 26.05.2004 (genannt sei hier beispielhaft die Zusammenlegung von PA und HOA sowie der damit verbundene Wegfall einer Leitungsstelle einschl. 0,5 Vorzimmerstelle) die Personalkosten positiv. Gesetzesänderungen während des laufenden Haushaltsjahres, z.B. das Gesetz über die jährliche Sonderzuwendung vom 24.03.2004 (führte zu Wegfall bzw. Absenkung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld von Beamten) sowie unterjährige Änderung der Beihilfevorschriften verminderten ebenfalls die tatsächlichen Personalausgaben erheblich.

Ein Teil der Personalminderausgaben geht allerdings auch auf die regelmäßig entstehenden Verzögerungen z.B. bei der Wiederbesetzung von Stellen zurück. Diese Effekte können bei der Haushaltsplanung praktisch nicht erfasst werden. Die Verwaltung hält es deshalb beim künftigen Vollzug der Budgetwirtschaft nicht für gerechtfertigt, derartige „Zufallsergebnisse“ als „Managementenerfolge“ anzuerkennen und zum Gegenstand von Budgetübertragungen zu machen. Die vorgeschlagene Änderung der Budget-Leitlinien soll hierfür eine entsprechende Korrektur des bisherigen Verfahrens beinhalten (siehe hierzu nachfolgend Nr. 2).

Nach gründlicher Abwägung und Absprache mit der Verwaltungsspitze wird vorgeschlagen, den Budgets, die 2004 mit Überschüssen abgeschlossen haben, einen Betrag von

250 000 €

als Budgetübertrag zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung ergibt sich aus der beigefügten Übersicht (Anlage 1). Bei der Verteilung wurden tendenziell kleineren Budgets höhere Beträge zugeteilt als großen Budgets.

Der Betrag von 250 000 € soll ausschließlich der Finanzierung von Ausgaben des Vermögenshaushalts (z.B. Beschaffungen von PC's u.ä.) dienen. Er wird haushaltstechnisch zulasten des Gesamthaushalts 2005 (ohne konkrete Deckung) bereitgestellt und – soweit nicht 2005 im Haushaltsvollzug noch verwendet – im Zuge des Rechnungsabschlusses 2005 der allgemeinen Rücklage (zweckgebundene Budgetrücklagen) zugeführt.

Anzumerken ist, dass den Dienststellen noch „alte“ Budgetrücklagen in Höhe von 468 763,48 € (Stand: 31.12.2004) zur Verfügung stehen.

2. Änderung der Budget-Leitlinien

Die Leitlinien zur Aufstellung und zum Vollzug des Haushalts im Rahmen der flächendeckenden Budgetierung der Stadt Fürth (BuLiFÜ) sollen geändert werden (siehe Anlage 2). Neben einigen redaktionellen Änderungen und Anpassungen sind die Regelungen für die Budgetierung der Personalausgaben (Nr. 7) neu gefasst worden. Die Neuregelung soll die bisherigen (ungewollten) budgetrelevanten Auswirkungen bei der Abrechnung der Personalausgaben vermeiden helfen. Zudem wurden die Regelungen über die Budgetberichterstattung so geändert, dass eine zwingende Behandlung der Berichte in den Fachausschüssen nicht mehr gefordert werden soll.

Finanzielle Auswirkungen		jährliche Folgekosten	
<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
Gesamtkosten €		€	
Veranschlagung im Haushalt			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei Hst.	Budget-Nr.
		im	<input type="checkbox"/> Vvhh <input type="checkbox"/> Vmhh
wenn nein, Deckungsvorschlag:			
Zustimmung der Käm		Beteiligte Dienststellen:	
liegt vor:	<input type="checkbox"/> RA	<input type="checkbox"/> RpA	<input type="checkbox"/> weitere: <input type="checkbox"/>
Beteiligung der Pflegerin/des Pflegers erforderlich:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Falls ja: Pflegerin/Pfleger wurde beteiligt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

II. BMPA/StR/SD zur Versendung mit der Tagesordnung

III.

Fürth, 12.10.2005

Unterschrift des Referenten

Sachbearbeiter/in:
Herr Reichardt

Tel.:
1370